

Elena Kropatcheva\*

## Die Situation in der Ukraine: stabile Instabilität

*Einmal wollten Schwan und Krebs und Hecht  
Mit einem Leiterwagen eine Fuhre machen  
Und luden auf zusammen alle ihre Sachen;  
Sie ziehn mit aller Kraft – die Last rührt sich kein Stück!  
Zwar würde sich der Wagen leicht bewegen lassen,  
Doch zieht der Hecht hinab ins Wasser,  
Der Schwan will zu den Wolken hin, es kriecht der Krebs zurück.  
Wer recht hat oder nicht, wer will's von uns entscheiden?  
Bis heute muss die Last jedoch an selber Stelle bleiben.<sup>1</sup>*

Fünf Jahre sind vergangen, seit Massenproteste gegen gefälschte Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen zur „Orangen Revolution“ und damit zu einem Regierungswechsel in der Ukraine führten. Es bedeutete das Ende der von Skandalen geprägten Amtszeit von Präsident Leonid Kutschma. Die Kritik an Kutschma richtete sich gegen die zunehmende Korruption, die staatliche Kontrolle der Massenmedien, unfaire Wahlen und einen generellen Mangel an Demokratie sowie eine unklare außenpolitische Orientierung, die zwischen Russland und dem Westen hin und her pendelte. Was hat sich seitdem geändert?

In den letzten fünf Jahren haben wir uns an die Berichte über fast jährlich stattfindende Wahlen und die daraus resultierenden politischen Krisen und Streitereien zwischen führenden Politikern, über Probleme in den russisch-ukrainischen Beziehungen, insbesondere die „Gaskriege“, und über die innere Spaltung des Landes in prowestliche und prorussische Regionen gewöhnt. 2009 war ein besonders schwieriges Jahr für die von der weltweiten Finanzkrise schwer getroffene Ukraine. Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der „stabilen Instabilität“ des Landes und konzentriert sich dabei in vor allem auf die Jahre 2008 und 2009. Er beleuchtet die politische, wirtschaftliche und regionale Instabilität – Letztere am Beispiel der Halbinsel Krim – ebenso wie die Disharmonie in der ukrainischen Außenpolitik. Er weist jedoch auch auf wichtige Fortschritte im Land hin. Der Beitrag zeigt die Ukraine inmitten zahlreicher Konflikte: interner Konflikte zwischen ihren führenden Politikern und zwischen den Verfechtern unterschiedlicher außenpoli-

---

\* Die Autorin bedankt sich bei Boris Kazansky für seine wertvolle Unterstützung bei der Vorbereitung des vorliegenden Beitrags.

1 Ivan Krylov, Schwan, Hecht und Krebs, 1814, in: Russische Lyrik aus zwei Jahrhunderten, herausgegeben und übersetzt von Eric Boerner, online unter: <http://home.arcor.de/berick/illeguan/krylov1.htm>.

tischer Kurse sowie externer Konflikte, vor allem zwischen Russland und dem Westen.

### *Politische Instabilität*

Seit der „Orangen Revolution“ befanden sich die wichtigsten politischen Kräfte des Landes quasi im Dauerwahlkampf entweder vor Präsidentschafts- (2004 und 2010) oder Parlamentswahlen (2006, 2007 und 2012). Dabei waren sie nicht nur in ständige politische Auseinandersetzungen verwickelt, sondern lieferten sich auch schon einmal handfeste Schlägereien. Viktor Janukowitsch, Vorsitzender der als prorussisch geltenden Partei der Regionen und Gegenspieler Viktor Juschtschenkos in den Präsidentschaftswahlen von 2004, konnte seine Position gegenüber der prowestlichen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und Präsident Juschtschenko inzwischen stärken. Mitglieder seiner Partei hinderten das ukrainische Parlament, die *Werchowna Rada*, mehr als einmal daran, zu einer Sitzung zusammenzutreten, indem sie den Zugang zur Rednerbühne oder den Eingang zum Sitzungssaal blockierten.<sup>2</sup> Noch bemerkenswerter ist jedoch die Tatsache, dass die ehemaligen Verbündeten der „Orangen Revolution“, Julia Timoschenko und Viktor Juschtschenko, inzwischen zu erbitterten Konkurrenten, ja sogar Gegnern geworden sind, die sich gegenseitig verschiedenster Vergehen bezichtigen.

Seit den Parlamentswahlen im Jahr 2006 wurden diverse Regierungskoalitionen ge- und umgebildet.<sup>3</sup> Die wichtigsten Streitfragen zur ukrainischen Innen- und Außenpolitik blieben hingegen dieselben – ebenso wie die persönlichen Ambitionen und Animositäten. Es finden Wahlen statt und Koalitionen verändern sich – ganz im Gegensatz zu den Hauptakteuren. Die anhaltende Unfähigkeit der wichtigsten politischen Kräfte, Kompromisse oder gemeinsame Arbeitsgrundlagen zu finden, ist frappierend.<sup>4</sup>

Im Frühjahr 2007 löste Präsident Juschtschenko das Parlament auf, im Herbst desselben Jahres kam es zu Neuwahlen. 2009 machten erneut Spekulationen die Runde, dass Juschtschenko aus Furcht davor, dass das Parlament unter der Führung Timoschenkos seine präsidentialen Befugnisse beschneiden könnte, die *Rada* abermals auflösen würde.<sup>5</sup> Im Januar 2006 war das ukrainische Regierungssystem per Verfassungsänderung in ein parlamentarisch-präsidentiales

- 
- 2 Siehe z.B. BYuT razoblachil plan Partii Regionov po rospusku Rady [BjuT deckt Pläne der Partei der Regionen zur Auflösung der Rada auf], in: Lenta.ru, 12. Mai 2009. Die Abkürzung BjuT bezeichnet das Parteienbündnis „Block Julia Timoschenko“.
  - 3 Präsident Juschtschenko löste das Parlament 2007 auf. Im September 2008 zerbrach die nach den vorgezogenen Parlamentswahlen von 2007 gebildete Koalition.
  - 4 Siehe hierzu Elena Kropatcheva, Nach den Parlamentswahlen vom März 2006: Ukraine, quo vadis?, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2006, Baden-Baden 2007, S. 77-89.
  - 5 Siehe z.B. Alexander Sviridenko, Predlog i predloženie. Konstitucionnyi sud izučaet porjadok formirovanija koalicii [Vorwand und Vorschlag. Verfassungsgerichtshof überprüft die Koalitionsbildungsordnung], in: Kommersant, 3. April 2009.

umgewandelt worden, wobei allerdings unklar blieb, was das konkret bedeutet und wie die Befugnisse zwischen Präsident und Parlament (unter der Führung des Ministerpräsidenten bzw. der Ministerpräsidentin) aufgeteilt sind. Ministerpräsidentin Timoschenko räumte selbst einmal ein: „Semi'-Systeme haben keine klare Gewaltenteilung und sind daher eine Anleitung zum ‚Chaos‘.“<sup>6</sup> Während Timoschenko einer Verfassungsänderung zur Errichtung eines parlamentarischen Systems zuneigt, hofft Juschtschenko auf eine Stärkung der präsidialen Amtsbefugnisse durch die Umwandlung des heutigen parlamentarisch-präsidialen Systems in ein präsidiales.<sup>7</sup> Wie der US-amerikanische Richter Bohdan Futey feststellte, befindet sich die Ukraine „bis heute in einem rechtlichen Chaos“.<sup>8</sup>

Vor allem infolge der Streitigkeiten zwischen Timoschenko, Juschtschenko und Janukowitsch, aber auch aufgrund des anhaltenden Gerangels um strategische Positionen innerhalb der Regierung blieben mehrere wichtige Ministerposten lange Zeit unbesetzt. Nach der Abberufung des – vom Präsidenten vorgeschlagenen – Außenministers Wolodymyr Ohrysko durch das Parlament im März 2009 hatte die Ukraine über fünf Monate lang keinen Außenminister; die Geschäfte als amtierender Außenminister übernahm der bis dahin Erste Stellvertretende Außenminister Wolodymyr Handogi. „Was für eine Botschaft übermitteln die Verantwortlichen damit der Außenwelt? Dass ihnen die Außenpolitik egal ist, solange die Innenpolitik völlig senil ist?“<sup>9</sup> fragte die ukrainische Wochenzeitung *Serkalo Nedeli* im Sommer 2009. Im Juni entließ die *Rada* Verteidigungsminister Juri Jechanurow, so dass die Ukraine seitdem mit Waleri Iwaschtschenko auch lediglich einen amtierenden Verteidigungsminister hat. Bereits im Februar 2009 hatte die *Rada* zudem Finanzminister Viktor Pynsenyk abberufen; amtierender Finanzminister ist seitdem Igor Umanski.<sup>10</sup> Innenminister Juri Luzenko bot ebenfalls seinen Rücktritt an, nachdem er am Flughafen von Frankfurt am Main einen Skandal wegen mutmaßlicher Trunkenheit verursacht hatte, blieb aber im Amt.<sup>11</sup> Sowohl die EU als auch die USA brachten inzwischen ihren Unmut über die innenpolitischen Turbulenzen in der Ukraine zum Ausdruck. So erklärte z.B. der Parlamentarische Kooperationsausschuss EU-Ukraine, er sei angesichts

---

6 Julia Timoschenko, zitiert nach: Taras Kuzio, Constitutional Instability in Ukraine Leads to „Legal Turmoil“, RFE/RL, 26. Juni 2009, unter: <http://www.rferl.org/articleprintview/1763341.html> (dieses und all weiteren Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).

7 Vgl. Clifford J. Levy, Ukraine's Political Paralysis Gives Black Eyes to Orange Revolution Heroes, in: New York Times, 23. Juni 2009; zu den konkreten Reformvorschlägen siehe Valery Kalnysh/Nikolai Filchenko, Yushchenko, Constitution and People, in: *Kommersant*, 25. August 2009.

8 Bohdan Futey, zitiert nach: Kuzio, a.a.O. (Anm. 6). Dem Artikel sind noch weitere Informationen über verfassungsrechtliche Probleme in der Ukraine zu entnehmen.

9 Tatjana Silina, MIDominizacija [MID-isierung], in: *Zerkalo Nedeli* Nr. 24, 27. Juni-3. Juli 2009.

10 Alle Angaben: Stand August 2009.

11 Vgl. Ukrainischer Innenminister pöbelt am Flughafen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 6. Mai 2009, unter: <http://www.sueddeutsche.de/panorama/960/467533/text>.

der anhaltenden politischen Auseinandersetzungen in der Ukraine zutiefst besorgt, und warnte davor, dass die ständigen politischen Spannungen auch den Fortgang der dringend notwendigen verfassungsrechtlichen, institutionellen und sozioökonomischen Reformen behindern könnten; der Ausschuss rief die ukrainischen Politiker dringend dazu auf, die innere politische Spaltung zu überwinden.<sup>12</sup> US-Vizepräsident Joe Biden fragte während seines Besuchs in der Ukraine im Juli 2009 gar, warum die Regierung nicht dieselbe Reife zeige wie das Volk und wie die Kommunikation innerhalb der ukrainischen Führung in einem solchen Ausmaß zusammenbrechen konnte, dass die politischen Schaukämpfe inzwischen offenbar wichtige Fortschritte verhindern. Kompromisse seien, wie Biden anmerkte, in einer Demokratie kein Zeichen von Schwäche, sondern ein Beweis von Stärke.<sup>13</sup>

Internationale *Ratings* wie z.B. von *Freedom House*, der Bertelsmann-Stiftung und *Transparency International* zeigen, dass es seit der „Orangen Revolution“ praktisch keine Fortschritte im Bereich Rechtsstaatlichkeit oder bei der Bekämpfung der Korruption gegeben hat.<sup>14</sup> Zwar schneidet die Ukraine bei Indikatoren wie z.B. Freiheit und Stand der Demokratie besser ab als andere GUS-Mitglieder, bleibt jedoch weit hinter den mittelosteuropäischen Ländern zurück.<sup>15</sup> So sind 93 Prozent der Bevölkerung laut einer Erhebung der *International Foundation for Electoral Systems* (IFES) von Oktober 2008 sowohl mit der politischen als auch mit der wirtschaftlichen Lage in ihrem Land unzufrieden; dabei handelt es sich um die höchste Unzufriedenheitsrate aller IFES-Umfragen seit 1994.<sup>16</sup> Das Vertrauen in die politischen Institutionen und die Politiker ist drastisch gesunken.<sup>17</sup>

Die nächsten Präsidentschaftswahlen sind für den 17. Januar 2010 geplant, Parlamentswahlen sollen 2012 stattfinden, allerdings ist nicht vorherzusehen, ob die Termine eingehalten werden können oder ob es aufgrund innerer politischer Streitigkeiten und Konflikte zu Änderungen in der Planung kommt. Populärster Politiker ist aktuellen Meinungsumfragen zufolge Janukowitsch: 34,7 Prozent der Befragten würden ihm derzeit ihre Stimme geben. Es folgt Timoschenko mit 21,5 Prozent, Juschtschenko fällt dagegen mit nur 3,5 Prozent der möglichen Stimmen weit hinter seine wichtigsten Konkurrenten zu-

---

12 Vgl. EU-Ukraine Parliamentary Cooperation Committee, Twelfth Meeting, 24-25 February 2009, Brussels, Final Statement and Recommendations pursuant to Article 90 of the Partnership and Cooperation Agreement, Absatz 11.

13 Vgl. US Vice President Biden Makes a Strong and Clear Commitment to Ukraine from the US, in: Action Ukraine Report, Nr. 938, 23. Juli 2009.

14 Vgl. Heiko Pleines, Die Ukraine in politikbezogenen Länderratings. Demokratie, Rechtsstaat und Bürgerrechte im internationalen Vergleich, in: Ukraine-Analysen 56/09.

15 Vgl. ebenda.

16 Vgl. Dissatisfaction and Disillusionment in Ukraine: Findings from the 2008 IFES Public Opinion Poll, 25. Februar 2009, unter: [http://www.wilsoncenter.org/index.cfm?topic\\_id=1424&fuseaction=topics.event\\_summary&event\\_id=497909](http://www.wilsoncenter.org/index.cfm?topic_id=1424&fuseaction=topics.event_summary&event_id=497909).

17 Vgl. ebenda.

rück.<sup>18</sup> Der Führer der Kommunistischen Partei, Pjotr Simonenko, erhielt 5,7 Prozent der Stimmen, 3,8 Prozenten würden laut Umfrage auf Parlamentspräsident Wolodymyr Litwin entfallen.<sup>19</sup>

Zu den genannten Politikern, die nicht zum ersten Mal für das Präsidentenamt kandidieren, kommen einige neue Kandidaten hinzu. Der vielversprechendste von ihnen ist Arseni Jazenjuk, Vorsitzender der *Front der Veränderung*, die erst 2008 gegründet wurde. Er war von 2007 bis 2008 Parlamentspräsident und davor Außenminister (2007). Jazenjuk behauptet, unter den gegenwärtigen politischen Führern, deren politischer Kämpfe die Bevölkerung mittlerweile überdrüssig ist, keine Verbündeten zu haben.<sup>20</sup> Sein Ziel ist es, die Wähler davon zu überzeugen, dass er frischen Wind in die ukrainische Politik bringen kann, dass er ein wahrer pro-ukrainischer Politiker ist, der die Interessen der Ukraine vertritt und nicht diejenigen Russlands oder des Westens, dass er das politische Gerangel und die Streitereien beenden und Ordnung in das Land bringen wird und dass er niemand ist, der „das Land spalten und teilen will, um so die Unterstützung der Wähler entweder im Osten oder im Westen der Ukraine zu bekommen“.<sup>21</sup> Dennoch ist zweifelhaft, ob er wirklich so unabhängig ist, wie er gerne erscheinen möchte. In seiner politischen Laufbahn hat Jazenjuk eng mit Juschtschenko zusammengearbeitet, so z.B. 2006 in der Präsidentschaftsadministration, und wurde als Vertreter des Blocks *Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes*, der den Präsidenten unterstützte, ins Parlament gewählt. Auch wenn er in seinen außenpolitischen Äußerungen und in der Frage, ob die Ukraine eine prowestliche Politik verfolgen oder ihre einstmaligen guten Beziehungen zu Russland wiederherstellen soll, zunächst vage blieb, ist er doch ein prowestlicher Politiker: Als Parlamentspräsident unterzeichnete er 2008 zusammen mit Juschtschenko und Timoschenko ein Schreiben an die NATO, in dem darum ersucht wurde, der Ukraine die Aufnahme in den *Membership Action Plan* anzubieten.

Insgesamt ist Instabilität in der ukrainischen Politik seit der „Orangen Revolution“ eine Konstante. Die Tatsache, dass 2010 und 2012 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stattfinden, bedeutet, dass die wichtigsten politischen Kräfte auch weiterhin mit ihrem Wahlkampf beschäftigt sein werden statt sich mit der Lösung der Probleme des Landes zu befassen und die bitter nötigen Reformen in Gang zu setzen. Die „Orange Revolution“ hatte den ukrainischen Politikern die einzigartige Chance eröffnet, noch einmal von vorn anzufangen und ein demokratisches und wirtschaftlich stabiles Land aufzubauen; aufgrund ihrer kleinlichen und gierigen Spielchen um Macht und Geld haben sie diese Chance jedoch bislang ungenutzt verstreichen lassen. Selbst

---

18 Vgl. Opros: Janukovyč uverenno lidiruet v presidentskoj gonke [Umfrage: Janukowitsch liegt im Rennen um die Präsidentschaft sicher in Führung], in: Zerkalo Nedeli, a.a.O. (Anm. 10).

19 Vgl. ebenda.

20 Vgl. Yatsenyuk says he has no allies among Ukrainian politicians, UNIAN, 4. Februar 2009.

21 Interview mit Arseni Jazenjuk auf dem Radiosender Echo Moskvyy, 5. April 2009, unter: <http://echo.msk.ru/programs/beseda/583282-echo>.

die EU und die USA halten sich mit ihrer Kritik am derzeitigen Zustand des Landes nicht länger zurück. Während die Mehrheit der Ukrainer noch immer an die Ideale der „Orangen Revolution“ glaubt, wächst gleichzeitig ihre Enttäuschung über die politischen Vertreter ihres Landes. Sie hoffen nun, dass neue Leute in die Politik drängen, die die alten Seilschaften und Empfindlichkeiten überwinden. Auch wenn es ein positives Zeichen ist, dass Newcomer wie Jazenjuk allmählich die politische Bühne der Ukraine betreten, ist doch fraglich, ob sie tatsächlich unabhängige und unvoreingenommene Politiker sind, die sich wirklich auf die Probleme und Herausforderungen, vor denen die Ukraine steht, konzentrieren.

### *Wirtschaftliche Instabilität*

Die Ukraine ist von der weltweiten Finanzkrise besonders hart betroffen. Schätzungen zufolge wird die ukrainische Wirtschaft voraussichtlich um zehn Prozent schrumpfen. Der Wechselkurs der Hrywnja gegenüber dem US-Dollar ist bereits um 36 Prozent gesunken.<sup>22</sup> In vielen strategischen Sektoren der ukrainischen Wirtschaft ist die Lage angespannt und äußerst prekär. Die Ukraine hat zwar am 26. Dezember 2008 den Haushalt für 2009 verabschiedet, ohne darin die Sozialausgaben zu erhöhen; allerdings beruhte er auf ungenauen oder unrealistischen Wachstumsvorhersagen.<sup>23</sup> Laut einer Analyse der makroökonomischen Situation der Ukraine vom August 2009 weist die vorläufige volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für das erste Quartal 2009 einen Rückgang des realen BIP im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal um 20,3 Prozent aus. Die Ausfuhr ukrainischer Güter und Dienstleistungen sank um 16 Prozent. Besonders schwerwiegend ist die Verschlechterung im Bereich Investitionen, so gingen z.B. Anlageinvestitionen um fast 50 Prozent zurück.<sup>24</sup>

Die Ukrainer sind mit den wirtschaftlichen Problemen, der weitverbreiteten Korruption und der Armut in ihrem Land unzufrieden.<sup>25</sup> Nur 15 Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, dass ihr Land eine Demokratie ist. Dies ist nicht nur der niedrigste Wert in den seit nunmehr neun Jahren durchgeführten IFES-Umfragen; hinzu kommt, dass Demokratie eher unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlichen und sozialen Wohlergehens angesehen wird denn als eine Frage bürgerlicher Freiheiten.<sup>26</sup>

---

22 Daten nach Jonas Grätz, Der russisch-ukrainische Erdgasstreit: Fortsetzung ohne Ende?, in: Ukraine-Analysen 58/2009, S. 2.

23 Ausführlicher dazu Robert Kirchner/Ricardo Giucci, Die ukrainische Wirtschaft zum Jahresanfang 2009: ein schwieriges Jahr voraus!, in: Ukraine-Analysen 51/2009, S. 3-5.

24 Ausführlicher dazu Olga Pogarska/Edilberto L. Segura, Ukraine – Macroeconomic Situation – August 2009, in: Action Ukraine Report No. 939, 24 August 2009, unter: [http://action-ukraine-report.blogspot.com/2009\\_08\\_01\\_archive.html#a9](http://action-ukraine-report.blogspot.com/2009_08_01_archive.html#a9).

25 Vgl. Dissatisfaction and Disillusionment in Ukraine, a.a.O. (Anm. 16).

26 Vgl. ebenda.

Die wirtschaftlichen Probleme der Ukraine machen selbst vor der 2012 in Polen und in der Ukraine stattfindenden Fußball-Europameisterschaft UEFA EURO 2012 nicht Halt. So legte z.B. Präsident Juschtschenko im Juli 2009 sein Veto gegen ein Gesetz ein, dem gemäß die Ukrainische Nationalbank 880 Millionen Euro zur Finanzierung des Turniers zur Verfügung stellen sollte. Julia Timoschenko hofft noch immer, dass die *Werchowna Rada* diesen Schritt, der die Durchführung der Europameisterschaft in der Ukraine akut gefährdet, wieder rückgängig macht, und kritisierte Juschtschenkos Veto als „äußerst unredliche Taktik im Kampf gegen mich als seine Widersacherin bei den nächsten Präsidentschaftswahlen“.<sup>27</sup> Funktionäre der UEFA äußerten sich inzwischen besorgt über die mangelhaften Vorbereitungen seitens der Ukraine und warnten das Land, es gehe das Risiko ein, das Großereignis wieder abgeben zu müssen.<sup>28</sup>

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat der Ukraine einen Kredit in Höhe von 16,4 Milliarden US-Dollar gewährt, der in mehreren Teilzahlungen freigegeben wird.<sup>29</sup> Die USA haben der Ukraine außerdem Hilfgelder in Höhe von 120 Millionen US-Dollar zugesagt.<sup>30</sup> Die ukrainischen Politiker nehmen allerdings Anstoß daran, dass die EU bislang nicht zur Unterstützung des Landes eingesprungen ist. So beklagte sich der beispielsweise der Stellvertretende Ministerpräsident Hryhorij Nemyria: „Wir haben den IWF, die EBWE und die Weltbank, nur die EU lässt sich nicht blicken. Das ist ein ziemlicher Widerspruch und wir suchen Antworten darauf.“<sup>31</sup>

2009 kam es zu einer erneuten Krise zwischen der Ukraine und Russland. Im Januar erhielten mehrere EU-Kunden 13 Tage lang keine Gaslieferungen, nachdem die *Gasprom* ihre Lieferungen an die Ukraine wegen deren Schulden eingestellt hatte. Die ukrainische *Naftogas* weigerte sich daraufhin mit dem Argument, sie verfüge nicht mehr über genügend „technisches Gas“ für den Transport, russisches Gas in die EU weiterzuleiten.<sup>32</sup> Infolge widersprüchlicher Anweisungen von Präsident Juschtschenko und Ministerpräsidentin Timoschenko kam es in den Verhandlungen zwischen den Vertretern der russischen *Gasprom* und ihren ukrainischen Kollegen zu Problemen. Zeitweise stand auf ukrainischer Seite niemand für Gespräche zur Verfügung.

---

27 Julia Timoschenko, zitiert nach: Ju. Tymošenko obvinila V. Juščenko v sryve Evro 2012 [J. Timoschenko wirft V. Juschtschenko Torpedierung der Europameisterschaft 2012 vor], unter: <http://top.rbc.ru/politics/04/08/2009/319739.shtml>.

28 Vgl. Levy, a.a.O. (Anm. 7).

29 Bis zum 5. August 2009 waren davon 10,9 Milliarden US-Dollar an die Ukraine ausgezahlt worden. Vgl. Kiev polučil tretii tranš kredita ot MVF na \$3.3 mlrd [Ukraine erhält vom IWF dritte Kreditteilzahlung in Höhe von 3,3 Milliarden US-Dollar], in: RBK Daily, unter: <http://top.rbc.ru/economics/05/08/2009/319963.shtml?print>.

30 Vgl. US Vice President Biden Makes a Strong and Clear Commitment to Ukraine from the US, a.a.O. (Anm. 13).

31 Hryhorij Nemyria, zitiert nach: Natsuko Waki, Ukraine says IMF Funds Not Enough, Hits at EU. Deputy Prime Minister Hryhory Nemyria speaks out at EBRD meeting, criticizes EU, Reuters, 15. Mai 2009.

32 Ausführlicher zu dem Konflikt und seine Folgen: Action Ukraine Report Nr. 926, 27. Januar 2009.

Beide Seiten hofften, die EU würde in ihrem Sinne intervenieren. Es war das erste Mal, dass die EU Beobachter entsandte, die den Transport des Gases von Russland über die Ukraine in die EU sowie die Gasmenge, die durch das System geschickt wurde, überwachen sollten. Als der Konflikt beendet war, hatten schließlich sowohl Russlands Ruf als zuverlässiger Energielieferant als auch das Image der Ukraine als zuverlässiger Transporteur Schaden genommen.

Am 19. Januar 2009 unterzeichneten *Gasprom* und *Naftogas* ein neues Abkommen. Aber auch wenn dieses einige Vorteile mit sich bringt – so werden z.B. die Preise in den nächsten zehn Jahren nach einer bestimmten Formel, die die Entwicklung des Ölpreises berücksichtigt, berechnet –, bleiben doch viele Fragen hinsichtlich des endgültigen Preises und insbesondere hinsichtlich der Zahlungsfähigkeit der Ukraine offen. Sollte die Ukraine die Gaslieferungen nicht bezahlen können, können jederzeit neue Konflikte zwischen Russland und der Ukraine ausbrechen.

Ein weiterer Faktor, der sowohl in den russisch-ukrainischen Beziehungen als auch in den Beziehungen zwischen Russland und der EU für Irritationen sorgte, war eine am 23. März 2009 von der Ukraine und der EU unterzeichnete Vereinbarung über die Modernisierung des ukrainischen Gastransportsystems, von der Russland ausgeschlossen war. Putin nannte die Initiative daher „schlecht durchdacht und unprofessionell“.<sup>33</sup>

Die Frage, wie die Ukraine es schaffen will, bis Ende 2009 das aus Russland gelieferte Gas zu bezahlen, bleibt offen. Präsident Dmitri Medwedew beschrieb die russische Position wie folgt: „Wir sind bereit, dem ukrainischen Staat zu helfen, aber möchten, dass die Europäische Union und die Staaten, die an einer zuverlässigen Sicherheit der Energiezusammenarbeit interessiert sind, einen wesentlichen Teil dieser Aufgabe übernehmen.“<sup>34</sup> Die EU gestand ein, dass sie sich „auf den schlimmsten Fall einstellen“<sup>35</sup> muss. Um einer erneuten Unterbrechung russischer Gaslieferungen in die EU vorzubeugen, hat die Ukraine die EU um einen Kredit in Höhe von 4,2 Milliarden US-Dollar gebeten. Die EU hat den Ernst der Lage erkannt: „Russisches Gas muss bezahlt werden. [...] Es handelt sich um eine große Krise.“<sup>36</sup> Noch ist ungewiss, ob der Kredit zur Verfügung gestellt wird; es liege nicht an der EU, gab Kommissionspräsident Barroso zu bedenken; es sei vielmehr eine Sache, die Russland und die Ukraine unter sich ausmachen müssten.<sup>37</sup> „Man gibt solche

---

33 Medwedew und Turkmeniens Präsident kontern EU-Ukraine mit Gas-Erklärung, RIA Novosti, 25. März 2009, unter: <http://de.rian.ru/world/20090325/120723916.html>. Zu den Gründen für Russlands Kritik vgl. Grätz, a.a.O. (Anm. 22), S. 3.

34 Dmitri Medwedew, zitiert nach: Tomasz Konicz, Ukraine angeschlagen, in: *junge Welt*, 25. Mai 2009, unter: <https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/2009/05-25/020.php>.

35 José Manuel Barroso, zitiert in: EU droht Aufflammen des Gasstreits, in: *Financial Times Deutschland*, 19. Juni 2009.

36 Ebenda.

37 Vgl. Ukraine bisher ohne Geld für Russen-Gas, EU-Info.Deutschland, 6 Juli 2009, unter: [www.eu-info.de/dpa-europaticker/155549.html](http://www.eu-info.de/dpa-europaticker/155549.html).

Summen nicht ohne die nötigen Verpflichtungen“,<sup>38</sup> fügte ein Sprecher der Kommission hinzu.

Gemäß dem Abkommen zwischen *Gasprom* und *Naftogas* vom Januar 2009 muss Letztere die monatlichen Lieferungen jeweils bis zum 7. des Folgemonats bezahlen. Bislang war es noch in jedem Monat unklar, ob die Ukraine dazu in der Lage sein würde oder nicht. Ende Juni räumte die Ukraine bei einer Krisensitzung der Gas-Koordinierungsgruppe in Brüssel ein, dass sie nicht genügend Mittel habe, um ihren vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Russland nachkommen zu können.<sup>39</sup> Neben den Verpflichtungen Russland gegenüber musste die *Naftogas* im September 2009 ausländischen Kreditgebern insgesamt 550 Millionen Dollar zurückzahlen.

Die wirtschaftliche Lage der Ukraine ist also sehr ernst. Sie wurde nicht nur von der weltweiten Finanzkrise schwer getroffen, sondern auch von den Krisen in den ukrainisch-russischen Beziehungen und den Kontroversen zwischen den Vertretern der eigenen Regierung, die sich nur allzu oft in zentralen Fragen nicht auf eine gemeinsame Position einigen können. Die Ukraine strebt einerseits die völlige Unabhängigkeit von Russland an, erwartet andererseits aber noch immer Konzessionen von Moskau, vor allem in Form niedrigerer Energiepreise. Die einzige Hoffnung der Ukraine besteht darin, vorhandene Kreditlinien zu erweitern, neue Kredite aufzunehmen und andere Formen der Finanzhilfe zu erbitten. Wirtschaftsreformen, wie z.B. solche, die zur Reduzierung des Gasverbrauchs in der Ukraine selbst beitragen, könnten ebenfalls hilfreich sein; allerdings scheinen Reformen unter den gegenwärtigen Bedingungen, in denen Wahlkämpfe und der Versuch, gegenüber den Konkurrenten zu punkten, auf der Prioritätenliste der politisch Verantwortlichen ganz oben stehen, kaum durchführbar. Wirtschaftsthemen bergen in der Ukraine *per se* schon ein erhebliches Konfliktpotenzial: intern zwischen den politischen Führungsspitzen in der Ukraine selbst, extern in den russisch-ukrainischen Beziehungen, aber auch in den Beziehungen zwischen Russland und der EU bzw. der Ukraine und der EU.

#### *Regionale Instabilität: das Beispiel Krim*

Die Ukraine ist hinsichtlich der außenpolitischen Präferenzen innerlich nach wie vor gespalten: Die östlichen und südlichen Regionen befürworten engere Beziehungen mit Russland, die westlichen und die zentralen Landesteile unterstützen die Einbindung in westliche Strukturen. Besonders deutlich tritt die Spaltung auf der Halbinsel Krim zutage. Zwar wurde der 1992 erklärte Anspruch der Krim auf Unabhängigkeit von der Ukraine wieder fallengelassen; sozio-kulturelle Trennlinien und Spannungen sind jedoch ebenso geblieben

---

38 Zitiert nach: ebenda.

39 Vgl. ebenda.

wie das damit verbundene Konfliktpotenzial.<sup>40</sup> In der Abschlusserklärung des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Ukraine wird die Krim unter „besonderen Herausforderungen“ gesondert erwähnt.<sup>41</sup>

Auf der Krim kommt es alljährlich mehrmals zu Protestkundgebungen gegen die NATO und die USA.<sup>42</sup> Die Bevölkerungsmehrheit der Halbinsel bilden Russen und prorussische Ukrainer, die sich gegen die zunehmende Präsenz der NATO und den wachsenden Einfluss der USA im Lande wehren. Im Dezember 2008 wurde die Absicht, „die Zusammenarbeit mit den Regionen der Ukraine, einschließlich der Krim, auszubauen“ in die Charta über die strategische Partnerschaft zwischen der Ukraine und den USA aufgenommen.<sup>43</sup> Im Anschluss daran wurde mit den Planungen zur Eröffnung einer „diplomatischen Präsenz“ auf der Krim begonnen,<sup>44</sup> was umgehend zu heftigen Protesten führte.<sup>45</sup>

Ein weiteres problematisches Thema ist die auf der Krim stationierte russische Schwarzmeerflotte. In der Hoffnung auf Mitgliedschaft in der NATO wird Präsident Juschtschenko nicht müde zu betonen, dass „die Stationierung von Streitkräften anderer Länder oder Blöcke auf ukrainischem Territorium nicht gestattet werden kann“<sup>46</sup> und die russische Schwarzmeerflotte das Land nach dem Auslaufen der entsprechenden Abkommen im Jahr 2017 verlassen müsse. Gleichzeitig versuchen die USA Russland davon zu überzeugen, dass die Schwarzmeerflotte nicht zwangsläufig aus der Ukraine abgezogen werden müsse, wenn Letztere der NATO beitrete.<sup>47</sup> In der Zwischenzeit kommt es über die Frage, ob die Anlagen und Einrichtungen der Schwarzmeerflotte der

---

40 Vgl. Crimean Society: Dividing Lines and Prospects of Consolidation. Analytical Report of Razumkov Centre, in: National Security and Defence 5/2009, S. 2-72, sowie weitere Beiträge zu aktuellen Problemen in den sozialen Beziehungen in der Autonomen Republik Krim in demselben Band.

41 Vgl. EU-Ukraine Parliamentary Cooperation Committee, Twelfth Meeting, Final Statement and Recommendations, a.a.O. (Anm. 12), Absatz 24.

42 Vgl. Jeffrey White. Nyet to NATO in Crimea, in: Spiegel Online International, 4. März 2008, unter: <http://www.spiegel.de/international/europe/0,1518,545105,00.html>.

43 United States-Ukraine Charter on Strategic Partnership, Washington, D.C., 19. Dezember 2008, S. 2, unter <http://merln.ndu.edu/archivepdf/EUR/State/113366.pdf>.

44 Vgl. Merle D. Kellerhals Jr., United States, Ukraine Sign Security Charter. NATO membership remains key U.S. priority, Rice says, unter: <http://www.america.gov/st/peacesec-english/2008/December/20081219155712dmslahrellek5.079287e-02.html&distid=ucs>.

45 Vgl. Interfax, Ukraine's Crimean parliament speaker opposes US embassy office in Simferopol, in: David Johnson's Russia List 44/2009, unter: <http://www.cdi.org/russia/johnson/2009-25-44.cfm>.

46 Ukrainian President says time to reset ties with Russia, BBC Monitoring International Reports, 2. April 2009; siehe auch Soglašenje meždu RF i Ukrainoi o statuse i uslovijach prebyvanija Černomorskogo Flota RF na territorii Ukrainy [Abkommen zwischen der RF und der Ukraine über den Status und die Stationierungsbedingungen der russischen Schwarzmeerflotte auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine], in: Diplomičeskii Vestnik 8/1997, S. 31-35.

47 Siehe hierzu z.B. das Interview mit Steven Pifer: Eks-posol SŠA zaveril, čto NATO razrešit Černomorskomu flotu ostatsja v Krymu [Ehemaliger US-Botschafter versichert, dass die NATO der Schwarzmeerflotte den Verbleib auf der Krim gestattet], news.ru.com, 2. Februar 2009, unter: <http://www.newsru.com/world/02feb2009/nato.html>.

russischen oder der ukrainischen Schwarzmeerflotte gehören, immer wieder zu kleineren Konflikten zwischen Russland und der Ukraine.<sup>48</sup>

Insgesamt bleibt die Krim eine besondere und verwundbare Region der Ukraine. Sie ist nicht nur in sozio-kultureller Hinsicht eine sensible Region; hier spiegelt sich auch deutlich die Spaltung der Ukraine in der Frage der außenpolitischen Orientierung – auf Russland oder auf den Westen – wider. Zudem kommt es zwischen Moskau und Kiew häufig zu bilateralen Meinungsverschiedenheiten über die Krim, sei es wegen der Aufteilung des sowjetischen Erbes (Einrichtungen der Schwarzmeerflotte), sei es aufgrund der NATO-Beitrittsbestrebungen der Ukraine.

### *Außenpolitische Disharmonie*

In den vorangegangenen Abschnitten ist deutlich geworden, dass viele innenpolitische Themen in der Ukraine eng mit der ukrainischen Außenpolitik verbunden sind, insbesondere mit ihren Beziehungen zu Russland und zum Westen und hier wiederum sowohl mit der EU als auch mit den NATO-Staaten. 75 Prozent der von IFES Befragten beurteilten die ukrainische Außenpolitik als unbefriedigend.<sup>49</sup> Die Ukraine ist noch immer auf der Suche nach einer ausgewogenen Außenpolitik gegenüber Russland, „dem großen Land im Osten“, einerseits und gegenüber dem Westen, der „andere Regeln und Gesetze hat“, andererseits; beide operieren mit verschiedenen Konzepten und Begrifflichkeiten, und die Ukraine hat Interessen im Osten wie im Westen.<sup>50</sup>

Seit der „Orangen Revolution“ sind die Beziehungen der Ukraine zu Russland äußerst problematisch. Einige der umstrittenen Themen wurden bereits erwähnt: die „Gaskriege“, die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte in der Ukraine und die Aussichten der Ukraine auf Mitgliedschaft in der NATO.

Nach dem Krieg in Georgien im August 2008 bezeichnete der damalige ukrainische Verteidigungsminister Juri Jechanurow Russland als potenziellen Feind der Ukraine: „Es gibt Fragen im Zusammenhang mit der Krim und wie Sie wissen, hat jeder nach den Ereignissen im Kaukasus begonnen zu verstehen, dass es ein regionales Sicherheitsproblem gibt.“<sup>51</sup> Angesichts der russischen und russischsprachigen Bevölkerungsmehrheit auf der Krim wurden Fragen laut, ob die Ukraine nach Georgien der nächste Schauplatz einer mi-

---

48 Vgl. z.B. Dmitry Solovyov, Black Sea lighthouse stirs Russia-Ukraine tension, Reuters, 27. August 2009, unter: <http://www.reuters.com/article/newsMaps/idUSTRE57Q3O220090827>.

49 Vgl. Dissatisfaction and Disillusionment in Ukraine, a.a.O. (Anm. 16).

50 Interview mit Viktor Juschtschenko, Echo Moskvyy, 2. April 2009, unter: <http://echo.msk.ru/programs/beseda/582872-echo.phtml>.

51 Juri Jechanurow, zitiert nach: Echanurov: Rossija i Ruminija protivniki Ukraini [Russland und Rumänien sind Feinde der Ukraine], in: Rosbalt Ukraina, 22. Mai 2009, unter: <http://www.rosbalt.ru/2009/5/22/642403.html>.

litärischen Intervention Russlands werden könnte. Allerdings hatte Russland zu Beginn der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts auch nicht eingegriffen, als die Sezessionskrise auf der Krim eskalierte. Russland warf der Ukraine seinerseits vor, Georgien illegal mit Waffen versorgt zu haben, die während der Ereignisse im August 2008 gegen Russland eingesetzt wurden.<sup>52</sup>

Dennoch besteht auf beiden Seiten die Bereitschaft zur Normalisierung der Beziehungen. Schlechte Beziehungen zu haben bezeichnete Präsident Juschtschenko schlicht als „dumm“.<sup>53</sup> Russlands Präsident Medwedew spricht von „besonderen“ Beziehungen, die beide Länder zueinander haben müssten, da sie „Brudervölker“ seien, deren Beziehungen auf einer tausendjährigen gemeinsamen Geschichte, auf gemeinsamen Werten, engen wirtschaftlichen Verbindungen und der engen ethnischen Verwandtschaft beider Völkern beruhen.<sup>54</sup> Genau das aber ist das Problem: Während die Ukraine wie jeder andere Staat behandelt werden will – außer im Wirtschaftsbereich, wo sie billiges Gas von Russland erwartet –, besteht Russland neuerdings wieder auf „besonderen“, „brüderlichen“ Beziehungen. Während Russland während der Präsidentschaft Putins versuchte, sich in verschiedenen Bereichen von der Ukraine zu distanzieren, indem es z.B. den Handel diversifizierte, neue, von der Ukraine unabhängige Pipelines baute und Investitionen in anderen Regionen tätigte, ist die Tatsache, dass Russland nun wieder von „brüderlichen“ Beziehungen spricht, ein Zeichen dafür, dass Russland in seiner Politik gegenüber der Ukraine wieder einen Schritt zurück geht und mit der Vergangenheit offenbar noch nicht abgeschlossen hat. Ebenso hat aber auch die Ukraine die alten Denkmuster noch nicht hinter sich gelassen, wie ihre Forderung nach billigem Gas zeigt.

Laut einer Umfrage des Levada-Zentrums ist die Mehrheit der Bevölkerung sowohl in Russland als auch in der Ukraine (55 bzw. 65 Prozent) der Meinung, beide Länder sollten unabhängig, aber befreundet sein. Während 93 Prozent der Ukrainer Russland gegenüber positiv eingestellt sind, gaben 55 Prozent der Russen an, negative Gefühle gegenüber der Ukraine zu haben. Gleichzeitig hat die Mehrheit der Bevölkerung in beiden Ländern eine positive Einstellung gegenüber der Bevölkerung des jeweils anderen Landes.<sup>55</sup>

Leider gibt es keine Anzeichen dafür, dass sich die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine in naher Zukunft verbessern werden. Im Gegenteil: Moskau hat beschlossen, keinen neuen Botschafter in die Ukraine zu entsenden, solange Kiew Russland feindlich gesonnen bleibt, wie Medwedew seinem ukrainischen Amtskollegen in einem Schreiben mitteilte.<sup>56</sup> Präsident

---

52 Vgl. Dmitri Medvedev, V otnošenijach Rossii i Ukrainy dolžny nastupit novye vremena [In den russisch-ukrainischen Beziehungen müssen neue Zeiten anbrechen], in: Videoblog Dmitrija Medvedeva, 11. August 2009, unter: <http://blog.kremlin.ru/post/30/transcript>.

53 Ukrainian President says time to reset ties with Russia, a.a.O. (Anm. 46).

54 Interview des Präsidenten mit einem führenden russischen Sender (auf Russisch), 24. Dezember 2008, unter: <http://www.kremlin.ru/text/appears/2008/12/210963.shtml>.

55 Vgl. Rossijane ob Ukraine, ukrainci o Rossii [Russen über die Ukraine, Ukrainer über Russland], Levada-Centr, 23. Juni 2009, unter: <http://www.levada.ru/press/2009062305.html>.

56 Vgl. Medvedev, a.a.O. (Anm. 52).

Juschtschenko zeigte sich über diesen „unfreundlichen“ Schritt wenig erfreut.<sup>57</sup>

Während sich die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland verschlechtert haben, lassen sich in den ukrainischen Bestrebungen nach einer stärkeren Bindung an den Westen Fortschritte erkennen. Die EU, die NATO und die USA unterstützen den Wunsch der Ukraine nach Einbindung in westliche Institutionen nach wie vor in der einen oder anderen Form.

Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im Jahr 2008 erhielt die Ukraine das Versprechen, sie würde eines Tages NATO-Mitglied werden. Gleichzeitig erklärte der damalige NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer unmissverständlich, dass „Staaten, die dem Block beitreten wollen, den Anforderungen der NATO gerecht werden müssen“ und dass die innere Lage in der Ukraine „kompliziert [ist], um es einmal diplomatisch auszudrücken“.<sup>58</sup> Die Position des heutigen NATO-Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen „ist exakt dieselbe, wie die von den NATO-Verbündeten beschlossene. [...] Auf dem Bukarester Gipfel haben wir einstimmig beschlossen, dass Georgien und die Ukraine zukünftig NATO-Mitglieder werden können, vorausgesetzt natürlich, dass sie die notwendigen Kriterien erfüllen. Gegenwärtig erfüllen sie diese Kriterien nicht, so dass diese Frage hier und jetzt hypothetisch ist.“<sup>59</sup> Sowohl die Allianz als auch die USA unterstützten die Ukraine jedoch nach wie vor bei ihren Vorbereitungen auf die Mitgliedschaft.

Ungeachtet der Tatsache, dass 56 Prozent der Ukrainer sich in der IFES-Umfrage gegen einen Beitritt ihres Landes zur NATO aussprachen,<sup>60</sup> unterzeichnete Präsident Juschtschenko einen Erlass über den Start eines Programms zur Vorbereitung auf die NATO-Mitgliedschaft. Das Bezirksverwaltungsgericht in Kiew war zuvor zu dem Schluss gelangt, dass die Weigerung des Präsidenten, ein Referendum zum NATO-Beitritt der Ukraine abzuhalten, rechtswidrig sei. Das ukrainische Verfassungsgericht urteilte im Jahr 2008, der Präsident müsse ein Referendum zu dieser Frage durchführen, bevor er seine Beitrittspolitik aktiver fortsetze.<sup>61</sup> Die Befürworter und Förderer dieser Politik wissen, dass die Bevölkerungsmehrheit in der Ukraine gegen die Mitgliedschaft in der Allianz ist; sie befürchten daher, dass ein landesweites Referendum ihre Ziele aushebeln würde. Aus diesem Grunde und trotz der Zusage, dass die Ukraine eines Tages NATO-Mitglied werden kann, bestehen viele der Probleme fort. Die Ukraine muss zahlreiche NATO-Beitrittskrite-

---

57 Vgl. Pis'mo Prezidenta Ukrainy Viktora Juščenko Prezidentu Rossiskoj Federacii Dmitriju Medvedevu [Schreiben des Präsidenten der Ukraine, Viktor Juschtschenko, an den Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitri Medwedew, 13. August 2009, unter: <http://www.president.gov.ua/ru/news/14676.html>].

58 Jaap de Hoop Scheffer, zitiert nach: Scheffer and his heritage, in: Georgia Times, 21. Juli 2009, unter: <http://www.georgiatimes.info/en/articles/17091.html>.

59 NATO, First NATO Press conference by Secretary General Anders Fogh Rasmussen, 3. August 2009, unter: [http://www.nato.int/cps/en/natolive/opinions\\_56776.htm](http://www.nato.int/cps/en/natolive/opinions_56776.htm).

60 Vgl. Dissatisfaction and Disillusionment in Ukraine, a.a.O. (Anm. 16).

61 Vgl. V. Juščenko podpisał ukaz o podgotovke Ukrainy k vstupleniju v NATO [V. Juschtschenko unterzeichnet Erlass über die Vorbereitung der Ukraine auf die NATO-Mitgliedschaft], RBK, 7. August 2009, unter: <http://top.rbc.ru/politics/07/08/2009/320502.shtml>.

rien erfüllen und sowohl im militärischen als auch im politischen Bereich noch etliche Reformen, u.a. zur Festigung der Demokratie und zur Reduzierung der Korruption, durchführen. Es bleibt fraglich, ob die Bevölkerungsmehrheit eine Politik, die auf die NATO-Mitgliedschaft ausgerichtet ist, zukünftig unterstützen würde. Zudem droht die Gefahr einer Spaltung der ukrainischen Regierung in NATO-Befürworter (Timoschenko, Juschtschenko und Jazenjuk) einerseits und NATO-Gegner (Janukowitsch, Simonenko und Litwin) andererseits.

Die von der Ukraine angestrebte Mitgliedschaft in der EU wird hingegen von den meisten politischen Kräften und großen Teilen der Bevölkerung befürwortet.<sup>62</sup> Hier sind bereits einige Fortschritte zu verzeichnen: Auf dem EU-Ukraine-Gipfel am 9. September 2008 in Paris vereinbarten beide Seiten den baldigen Abschluss eines Assoziierungsabkommens, dessen Kern die Bildung einer Freihandelszone sein soll. Außerdem „sollten die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine nach dem Krieg zwischen Russland und Georgien im August 2008 und dem Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine im Januar 2009 [...] qualitativ vertieft und erheblich gefestigt werden“.<sup>63</sup> Laut Timoschenko ist die EU „geneigt, das Assoziierungsabkommen bis Ende des Jahres [2009] zu unterzeichnen“.<sup>64</sup> Zu diesem Schluss kam sie im Anschluss an die Diskussionen auf dem 13. Treffen des Kooperationsrats EU-Ukraine im Juni 2009, auf dem die Agenda für die Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine unterzeichnet worden war, die – so Timoschenko – „einen neuen Fahrplan vorgibt und unsere Zusammenarbeit auf eine grundsätzlich neue Ebene anhebt“.<sup>65</sup>

Die Ukraine wurde auch zur Teilnahme am Gipfeltreffen zur Östlichen Partnerschaft am 7. Mai 2009 eingeladen. Zwar ist das Ziel dieser neuen Initiative der EU „[e]ine ehrgeizigere Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Partnerländern“,<sup>66</sup> Beitrittsperspektiven wurden jedoch nicht einmal erwähnt. Die Ukraine nahm diese neue Initiative der EU daher mit eher gemischten Gefühlen auf. Während der ukrainische Präsident die Ergebnisse des Gipfels positiv beurteilte, war auch Enttäuschung zu spüren und es gab einige Verwirrung darüber, was die Initiative für die bilateralen Bezie-

---

62 Laut einer Umfrage des Rasumkow-Zentrums im April 2008 unterstützen rund 50 Prozent der Bevölkerung das Ziel einer EU-Mitgliedschaft, 30 Prozent sind dagegen. Vgl. Ukraine-EU Cooperation: Public Assessment, in: National Security and Defence 6/2008, S. 37-56, hier: S. 48.

63 EU-Ukraine Parliamentary Cooperation Committee, Twelfth Meeting, Final Statement and Recommendations, a.a.O. (Anm. 12), Absatz 2.

64 Julia Timoschenko, zitiert nach: Tymoshenko: Ukraine and EU will sign Association Agreement by end of year, 17. Juni 2009, forUm, unter: <http://en.for-ua.com/news/2009/06/17/141742.html>.

65 Julia Timoschenko, zitiert nach: Yulia Tymoshenko hopes today's sitting of Ukraine-EU Cooperation Council to give powerful impetus for Ukraine's accedence to the EU, Webportal of Ukrainian Government, unter: [http://www.kmu.gov.ua/control/en/publish/article?art\\_id=222866500&cat\\_id=156277122](http://www.kmu.gov.ua/control/en/publish/article?art_id=222866500&cat_id=156277122).

66 Gemeinsame Erklärung des Prager Gipfeltreffens zur Östlichen Partnerschaft, Prag, 7. Mai 2009, Brüssel, den 7. Mai 2009, 845/09 (Presse 78), S. 5.

hungen zwischen der Ukraine und der EU und insbesondere für die Beitrittsperspektive der Ukraine bedeutet.<sup>67</sup>

Insgesamt haben die EU und die NATO die Ukraine auf realistische Weise in ihren Bestrebungen, ein liberaler westlicher Staat zu werden, unterstützt: Sie haben ihr Hoffnung auf eine Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen gemacht, gleichzeitig aber auch darauf hingewiesen, dass das Land noch zahlreiche Bedingungen und Anforderungen erfüllen und seine innere – insbesondere politische – Lage zuvor stabiler werden müsse. Die NATO hat der Ukraine die Chance auf Mitgliedschaft versprochen. Bei den Gesprächen mit der EU stand eine Mitgliedschaft zwar nicht auf der Tagesordnung, das Assoziierungsabkommen, einschließlich einer umfassenden Freihandelszone, wäre jedoch ein erster wichtiger Erfolg auf dem Weg zu einer wie auch immer gearteten Integration.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es zwar Fortschritte auf dem Weg zu einer Einbindung der Ukraine in die EU und in die NATO gibt, dieses Ziel jedoch gleichzeitig die russisch-ukrainischen Beziehungen, die sich stetig verschlechtert haben, belastet. Das wiederum bedeutet, dass es nach wie vor wichtig und notwendig ist, einen Ausgleich zwischen den beiden strategischen Ausrichtungen der ukrainischen Außenpolitik zu finden. Dieser Ausgleich betrifft sowohl die Innen- als auch die Außenpolitik. Zum einen müssen die ukrainischen Politiker hier zu einer Art Konsens gelangen, zum anderen müssen sie aber auch für mehr Einheit in der Bevölkerung sorgen, insbesondere in der Frage der NATO-Mitgliedschaft. In der Außenpolitik befindet sich die Ukraine in einer Zwickmühle: Solange der Preis, den die Ukraine für engere Beziehungen mit der EU und die Mitgliedschaft in der NATO bezahlen muss, die Verschlechterung ihrer Beziehungen zu Russland ist, kann sich die Spaltung des Landes in prowestliche und prorussische Regionen nur vertiefen.

### *Schlussfolgerungen*

Der vorliegende Beitrag hat gezeigt, dass eines seit der „Orangen Revolution“ von 2004 in der Ukraine stabil geblieben ist: die Instabilität. Das gilt vor allem für die innere politische Instabilität, d.h. die politische „Unreife“ der führenden ukrainischen Politiker, die hauptsächlich mit persönlichen Ambitionen und Animositäten beschäftigt sind. Die innere politische Instabilität wird zum einen durch die wirtschaftliche Instabilität verstärkt, die zu einer noch tieferen Spaltung und zu noch mehr Konflikten zwischen den Politikern geführt hat. Umgekehrt wirkt sich die politische Instabilität wiederum negativ auf die ukrainische Wirtschaft aus, da keine wirksamen Reformen

---

67 Vgl. Juščenko nedovolen peregovorami s Evrokomissiej [Juschtschenko unzufrieden mit den Gesprächen mit der Europäischen Kommission], Korrespondent.net, 31 Juli 2009, unter: <http://korrespondent.net/ukraine/politics/919470>.

durchgeführt werden können, solange das Land politisch paralytisch ist. Die Instabilität zeigt sich aber auch in der Unfähigkeit der Ukraine, die beiden wichtigsten Prioritäten ihrer Außenpolitik miteinander in Einklang zu bringen: die Aufrechterhaltung positiver, konstruktiver Beziehungen zu Russland bei gleichzeitigen Fortschritten auf dem Weg zur Mitgliedschaft in der EU und in der NATO.

Auch wenn der Beitrag vorwiegend die Instabilitäten aufgezeigt hat, so ist es doch auch wichtig darauf hinzuweisen, dass seit der „Orangen Revolution“ in der Ukraine Medienfreiheit herrscht. Vertreter verschiedener politischer Parteien stellen sich öffentlichen Debatten, kritische und objektive Journalisten stellen die Situation im Land realistisch und angemessen dar. Die Wahlen sind seit der „Orangen Revolution“ frei und fair.<sup>68</sup> Für einen postsowjetischen Staat sind das wichtige Errungenschaften und solche Fortschritte sind nicht zu unterschätzen. Die Ukraine muss außerdem mit einem hohen Erwartungsdruck fertig werden. Westliche Regierungen feierten mit der „Orangen Revolution“ den Sieg der Demokratie, übersahen dabei aber, dass sie lediglich der Beginn des Reformprozesses war. Die Ukraine muss noch viele Altlasten wie Korruption, alte Zwistigkeiten und fehlende Fairness in der politischen Kultur loswerden. Es ist ein ebenso schwieriger wie schmerzhafter Prozess, der unter Umständen noch viele Jahre dauern wird. Druck wird auf die Ukraine sowohl von Russland als auch vom Westen ebenso mit Blick auf ihre Außenpolitik ausgeübt. Dies ist nicht nur ebenfalls eine Altlast, sondern auch ihrer geostrategischen Lage geschuldet. Wie damit umzugehen ist und wie diese beiden Vektoren ihrer Außenpolitik miteinander in Einklang gebracht werden können, hängt nicht allein von der Ukraine ab, sondern auch von Russland und vom Westen sowie von den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen. Solange diese von Misstrauen und Konkurrenz beherrscht werden, bleibt die Harmonisierung für die ukrainische Außenpolitik eine schwierige Herausforderung, egal, wer in Kiew an der Macht ist.

Gleichzeitig zeigen die führenden ukrainischen Politiker jedoch nach wie vor gewisse Unstimmigkeiten hinsichtlich der von ihnen proklamierten Ziele. Ermutigten Vertreter von EU und NATO ehemals die Ukraine lediglich dazu, weiterhin dem Weg demokratischer Reformen zu folgen, so äußern sich die EU-Staaten und die USA neuerdings kritischer über die politische „Unreife“ der ukrainischen Politiker. Letztere müssen noch lernen, dass es nicht damit getan ist, erfolgreiche und faire Wahlen durchzuführen, sondern dass man nach den Wahlen auch zusammenarbeiten, Kompromisse finden und sich auf gemeinsame Arbeitsformeln einigen muss. Bislang sind die Gewährleistung der Medienfreiheit und die Durchführung freier und fairer Wahlen die einzigen Zeichen ernsthafter Absichten der „orangen“ Regierung, die Ukraine in einen demokratischen Staat zu transformieren, der alle Anforderungen und Bedingungen für den Beitritt zu EU und NATO erfüllt. Auch sind die durchaus erkennbaren Fortschritte bei der Annäherung an die EU und die NATO

---

68 Vgl. Pleines, a.a.O. (Anm. 14).

nicht in erster Linie der ukrainischen politischen Führung zu verdanken, sondern entpuppen sich größtenteils als Geste der Unterstützung und der Ermutigung seitens der westlichen Institutionen. Die ukrainische Bevölkerung ist noch nicht ausreichend darüber aufgeklärt, was es heißt, EU- und NATO-Mitglied zu sein – und darüber, dass Demokratie nicht in erster Linie wirtschaftlichen Wohlstand bedeutet.

Während sich die Beziehungen der Ukraine zum Westen gut entwickeln und besser werden, treten in den Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland zunehmend Spannungen auf. Beide Länder hätten die häufige Eskalation der Spannungen, in die auch die EU mit hineingezogen wurde, verhindern können, wenn sie sich nur mehr Mühe gegeben hätten. Russland muss lernen, bei dem Gedanken, die Ukraine könnte seine Einflussosphäre verlassen und sich dem Westen anschließen, nicht überzureagieren. Die Ukraine muss lernen, unabhängige Beziehungen zu Russland zu unterhalten, ohne Anspruch auf wirtschaftliche Konzessionen zu erheben und damit erst recht Moskaus Einfluss zu erhöhen und ihm ein Druckmittel an die Hand zu geben. Bisher hat es sich als unerreichbar erwiesen, den Wunsch der Ukraine nach positiven und konstruktiven Beziehungen zu Russland mit dem Wunsch nach Fortschritten auf dem Weg in die EU und in die NATO zu vereinbaren.

Die Ukraine steht vor vielen verschiedenen Herausforderungen. Sie ist in zahlreiche innere und äußere Krisen verstrickt. Seit 1990 hat sie versucht, einen Teil der Herausforderungen – wie die genannte Harmonisierung der Außenpolitik – zu bewältigen, andere – wie die weltweite Finanzkrise – sind neu. Im Januar 2010 wählt die Ukraine einen neuen Präsidenten. Neben Macht wird er oder sie auch viele Bürden und einen großen Teil an Instabilität übernehmen. Angesichts der 2012 ins Haus stehenden Parlamentswahlen ist davon auszugehen, dass die verantwortlichen Politiker auch nach den Präsidentschaftswahlen ihren Wahlkampf und ihre Streitereien fortsetzen werden. Trotz dieser pessimistischen Schlussfolgerung bleibt die Hoffnung bestehen, dass nach und nach neue politische Führer die Bühne betreten werden, die frei von den alten Zerwürfnissen und Animositäten und somit die Lage sind, die Situation in all ihren Dimensionen pragmatischer zu beurteilen und sich auf die Suche nach konstruktiven Kompromissen und Arbeitsformeln in allen Bereichen der ukrainischen Innen- und Außenpolitik zu machen. Der vorliegende Beitrag begann mit einem Zitat aus einer berühmten Fabel von Iwan Krylow. Und auch wenn sie aus dem Jahr 1814 stammt, scheint es so, als beschreibe Krylow die heutige politische Situation in der Ukraine. Vielleicht können die heutigen politischen Führer der Ukraine etwas von ihm lernen:

*Wenn unter Freunden Einigkeit nicht herrscht,  
Läuft ihre Sache meist verkehrt,  
Am Ende stehen dann die Dinge schlecht.*